

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD**Internationalem Terrorismus konsequent und angemessen begegnen**

Die Welt hat mit Trauer, Bestürzung und auch Wut auf die verheerenden Terrorangriffe auf die USA reagiert. Der Tod von tausenden unschuldigen Menschen wird nicht ohne Folgen bleiben. Die Welt verfolgt die Ereignisse mit Sorge um eine friedliche Zukunft und Befürchtungen für das friedliche Zusammenleben der Völker, Kulturen und Religionen. Die Menschen in Deutschland und auch im Lande Bremen haben spontan und eindrucksvoll ihre Trauer für die Opfer und ihre Angehörigen zum Ausdruck gebracht. Der Abscheu vor dem Verbrechen ohne Beispiel folgte die Demonstration der Solidarität und Verbundenheit mit dem amerikanischen Volk. Alle relevanten politischen und gesellschaftlichen Kräfte haben sich beispielhaft und einig daran beteiligt.

Die Bürgerschaft (Landtag) wendet sich zugleich gegen eine allgemeine Verunglimpfung und Verdächtigung der Angehörigen moslemischen Glaubens, insbesondere einer Gleichsetzung von Terrorismus und Islam. Die überwiegende Mehrheit der Moslems lehnt Gewalt und Terror ab. Die Bürgerschaft (Landtag) vertritt die Auffassung, dass das Bemühen in eine gerechte Weltwirtschafts- und Sozialordnung intensiviert werden muss, um dem Terrorismus auf diese Weise Nährboden zu entziehen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert — neben notwendigen repressiven Reaktionen — zivile Maßnahmen gegen die Ursachen von Terrorismus, insbesondere eine nachhaltige Friedensregelung für den Nahen Osten.

Vor diesem Hintergrund erklärt und bekräftigt die Bürgerschaft (Landtag):

1. Die Bürgerschaft (Landtag) gedenkt mit Trauer und Bestürzung der unschuldigen Opfer und des Leids für Angehörige und Freunde. Die Bürgerschaft (Landtag) zollt besonderen Respekt den beteiligten Rettungskräften, die sich unter akuter Gefahr für das eigene Leben und der eigenen Gesundheit für die Bergung und Versorgung der Opfer eingesetzt haben.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) vertritt die Auffassung, dass es sich nicht allein um einen Angriff gegen die USA und seine Menschen, sondern um einen Anschlag gegen jegliche Zivilisation handelt. Die Bürgerschaft (Landtag) teilt die Auffassung der Bundesregierung, dass der Terroranschlag gegen das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington auch als Angriff gegen die Bündnispartner der USA anzusehen ist. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt deshalb die Erklärung des Bündnisfalls gemäß Artikel 5 des Nord-Atlantik-Vertrages und die Bereitschaft der Bundesregierung, dies mit sichtbarer Solidarität für das weitere Handeln der USA zu unterlegen. Hierzu können auch militärische Beiträge der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der internationalen Gemeinschaft gehören, sofern sie einen Beitrag zur Bekämpfung des Terrorismus in der Welt oder zur Ergreifung der Täter der Anschläge in den USA darstellen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt alle rechtlich zulässigen Maßnahmen, die geeignet sind, die Täter, ihre Hintermänner sowie die Tatumstände zu ermitteln und spricht sich nachdrücklich dafür aus, die direkt oder ggf. mittelbar

Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Sie ruft alle politischen Entscheidungsträger zu konsequentem und entschlossenem Handeln auf, das sich aber an den Maximen der Angemessenheit und Verhältnismäßigkeit messen lassen muss und das insbesondere Schuldige von Unschuldigen trennt.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) bekennt sich zu den Grundwerten einer offenen und toleranten Gesellschaft. Freiheit und Freizügigkeit sowie der Schutz des religiösen Bekenntnisses setzen der staatlichen Fähigkeit Grenzen, missbräuchliche Nutzungen dieser Rechte lückenlos erkennen und ihnen vorbeugen zu können. Kulturelle Vielfalt und die Integration von ausländischen Mitbürgern auf der Grundlage unserer Werte- und Rechtsordnung bleiben nach Auffassung der Bürgerschaft (Landtag) wichtige politische und gesellschaftliche Ziele. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt jedoch nachdrücklich alle jetzigen und gegebenenfalls zusätzlich zu ergreifenden rechtlich zulässigen Maßnahmen der nationalen und internationalen Sicherheitsvorsorge, die geeignet sind, missbräuchliche Inanspruchnahmen unserer Werte- und Rechtsordnung insbesondere durch religiös motivierte Terroristen zu erkennen und bedarfsweise konsequent zu unterbinden.

Darüber hinaus möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, insbesondere hinsichtlich der Aufklärung, Erkennung, Dokumentation, Verhinderung und Verfolgung der Aktivitäten von Terroristen insbesondere mit internationalen Bezügen weiterhin eng mit den überregional und international zuständigen Behörden zusammenzuarbeiten. Sie bittet den Senat insbesondere, alle zulässigen Maßnahmen zu unterstützen oder einzuleiten, die geeignet sind, die Zusammenarbeit zu verbessern und zu effektivieren.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, in enger Abstimmung mit entsprechenden Maßnahmen anderer Länder und des Bundes möglichst zeitnah darzustellen,
 - welche Strukturen und Organisationsformen der Zusammenarbeit in Bremen, aber auch national und international im Bereich der Polizei, der Strafverfolgungsorgane, der Nachrichtendienste und der Katastrophenvorsorge weiterentwickelt werden müssen;
 - wie und mit welchen ggf. zusätzlichen Mitteln und Rechten die Sicherheitsbehörden ausgestattet werden müssen, um Informations- und Finanzströme, die für die Vorbereitung krimineller und terroristischer Aktivitäten genutzt werden können, national und international effektiver überwachen zu können;
 - welche rechtlichen Veränderungen auf der Ebene der Bremischen Gesetzgebung notwendig sind bzw. welche Veränderungen der Bundesgesetzgebung eingeleitet oder unterstützt werden müssen, um die Arbeit der Sicherheits- und Strafverfolgungsorgane effektiver, schneller, gezielter und mit höherer präventiver Wirkung gestalten zu können.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, zur effektiven Bekämpfung des internationalen Terrorismus in Bremen schnellstmöglich darzustellen,
 - welche repressiven und präventiven Maßnahmen der öffentlichen und sozialen Sicherheit ressortübergreifend von den zuständigen Behörden, vor allem der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie dem Sozial- und Bildungsbereich, kurz- und längerfristig durchgeführt werden müssen;
 - wie und mit welchen ggf. zusätzlichen Mitteln die genannten Bereiche ausgestattet werden müssen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der organisierten Kriminalität als Sofortprogramm zusätzlich zu den bereits beschlossenen Haushaltsansätzen 2001 für dringend benötigte Beschaffungsvorhaben der Polizei und des Verfassungsschutzes 5,0 Mio. DM bereitzustellen, soweit der konkrete Bedarf der Innendeputation und dem Haushalts- und Finanzausschuss nachgewiesen worden ist.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zur Stärkung der Polizeipräsenz in Bremen und Bremerhaven zusätzliche Potentiale schnellstmöglich zu identifizieren und diese in den Kernbereich der Polizei zurückzuführen. Die hierfür erforderlichen Mittel werden zur Verfügung gestellt.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, die notwendigen Mittel zur wirksamen Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der organisierten Kriminalität, insbesondere durch Abschöpfung von Verbrechensgewinnen sowie für die personelle Verstärkung der staatsanwaltlichen Abteilungen für Wirtschaftsstrafsachen, politische Strafsachen und organisierte Kriminalität sowie der für Verfahren dieser Art zuständigen Strafgerichte bereitzustellen, soweit der konkrete Bedarf dem Rechtsausschuss und dem Haushalts- und Finanzausschuss nachgewiesen worden ist. Ebenso sind die zusätzlichen Sachkosten, insbesondere für die in diesen Ermittlungsverfahren unverzichtbare Ausstattung mit Informationstechnik, zur Verfügung zu stellen.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, entsprechend dem PEP, den Polizeibereich, die Staatsanwaltschaft, die Strafjustiz und das Landesamt für Verfassungsschutz für die Jahre 2002 und 2003 von künftigen Personaleinsparungen ersatzlos auszunehmen.
8. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, das Landesamt für Verfassungsschutz für die neuen Aufgaben der Bekämpfung des internationalen Terrorismus in dem notwendigen Umfang auszustatten und zu stärken, erforderlichenfalls werden zusätzliche Mittel im Haushalt zur Verfügung gestellt. Ferner wird der Senat aufgefordert zu prüfen, ob durch eine Zusammenarbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz mit dem niedersächsischen Verfassungsschutz die Handlungsfähigkeit im operativen Bereich verbessert werden kann.
9. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zusätzlich bis zu 30 Polizeianwärter für den Ausbildungsjahrgang 2001/2004 und die kommenden zwei Ausbildungsjahrgänge einzustellen. Die notwendige zusätzliche Finanzierung ist so lange sicherzustellen, bis durch Fluktuation freiwerdende Stellen zur Verfügung stehen.

Herderhorst, Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU

Kleen, Isola, Böhrnsen und Fraktion der SPD